

Rainer  
Rilling

Beitrag auf  
der Tagung  
der  
Evangelischen  
Akademie  
Iserlohn und  
des IKÖ am  
23.3.1996

In: IKÖ -  
Mitteilungen  
(1996)

home texte

# Männer machen Multimedia?

Das Beispiel der IMD-Tagung in Hamburg

**I**

Der Kongress "Informationsgesellschaft \* Medien \* Demokratie" Ende Januar 1996 in Hamburg war mit über 600 Teilnehmern und Teilnehmerinnen die bislang größte Veranstaltung in der Bundesrepublik, die mit demokratiepolitischer Zielsetzung in die neue Diskussion um die Informationsgesellschaft zu intervenieren versuchte. Die VeranstalterInnen wollen in einer "Initiative" weiter zusammenarbeiten und müssen sich daher überlegen, was sie wollen und was sie falsch gemacht haben.

In knapp einem Dutzend Zeitschriften und Zeitungen und in verschiedenen Listen ist über die Veranstaltung ausführlich berichtet worden. Nur in einem Beitrag, der in verschiedene Listen gepostet und mittlerweile in der Zeitschrift "Das Argument" publiziert wurde, wird - der jahrealten Wortpolitik der Zeitschrift folgend - kritisiert, dass die Veranstaltung dem "Täter-Opfer-Dualismus" folge und das Geschlechterverhältnis nicht thematisiere. Ca. 99 Prozent der ReferentInnen seien männlich gewesen. Hiernach also blieb diese Veranstaltung weit hinter dem erreichten Zustand zurück, den der Einladungstext zu dieser Tagung als mittlerweile erreicht formuliert.

Ob diese Einschätzung zutrifft, will ich anhand einiger weniger Vergleichszahlen und Bemerkungen überprüfen. Ich will - als einer der Hauptakteure - damit zugleich eine kritische Übersicht über das Innenleben einer solchen Veranstaltung geben. Obwohl Kongresse zum Thema Multimedia und Informationsgesellschaft gang und gäbe sind, sind solche Übersichten bislang unüblich.

Ein Blick auf vergleichbare Veranstaltungen und Inszenierungen im öffentlichen Raum zeigt, dass die IMD-Tagung hinsichtlich der Teilnahme und Präsenz in der politischen Kongressöffentlichkeit von Frauen durchaus einen Unterschied setzte, der von der Autorin des "Argument" ignoriert wird.<sup>1)</sup> Die Beispiele für die immer noch gängige Praxis sind zahllos. Der hier sicherlich vielen bekannte John Perry Barlow von der EFF verbreitete dieser Tage angesichts des telecom reform act eine "Declaration of the independence of Cyberspace", in der viel rhetorische Aufschreie, die Frauen aber nicht vorkommen - ihre Abhängigkeit kommt im Weltbild des Netzliberators nicht vor. Auch ignorieren die akademischen Publikationen zum Netz - zB. auch so gute wie die von Kei Ishii "Regularien im Internet" (TUB 1995) - die Problematik. Weiter gefasst: dieser Bias gilt auch für die in den letzten zwei Jahren geschaffenen Einrichtungen auf zentraler politischer Ebene ebenso wie für wissenschaftliche Kongresse unterschiedlicher politischer Ausrichtung oder für neuere Publikationen in Sachen "Informationsgesellschaft" oder

"Multimedia". Sowohl Einrichtungen wie der "Forschungsrat zur Informationsgesellschaft", der autoritative und entscheidungsnahe **Diskursfelderfestlegung** inszeniert, als auch Programmatiken der **Politikonzipierung** [Reports staatlicher und industriellen Spitzenbürokratien] wie endlich auch Ereignisse des gesellschaftlich-politischen und industriellen, vergleichsweise offenen **Diskurses** selbst [Tagungen, Kongresse, Messen] weisen durchgängig **eine frappierend gleichförmige wie weitgehende Ungleichverteilung zwischen Männern und Frauen auf**. Sie lässt sich kaum übertreffen. Stark anzunehmen ist, dass dies im Bereich der Entscheidungsrealisierung bzw. -implementierung nicht anders ist.

Demgegenüber wies das Hamburger Tagungsprojekt, wie der Vergleich (S.Tabelle) zeigt, eine durchaus festzuhaltende größere Präsenz von Frauen auf, die freilich weit von einer gleichberechtigten Teilnahme entfernt war und - nach meiner Kenntnis - nur peripher gezielter Bemühung der Veranstalter(...innen...?) geschuldet war.

Vor allem aber unterschied sich die Hamburger Tagung hinsichtlich der Themenpolitik und der Rolle von Frauen im Entscheidungsprozess über ein öffentliches politisches Projekt kaum von vergleichbaren Unternehmen. Die "politische Kultur" des Unternehmens war nicht einmal in geringsten Ansätzen frauenpolitisch oder feministisch geprägt.

Hier läßt sich durchaus eine Analogie zur Netzkultur machen: dort hat die Dominanz der Männer im Bereich der Nutzung abgenommen; zumindest in den USA wird der Anteil der Frauen unter den InternetnutzerInnen mittlerweile mit mindestens 20 %, höchstens 40 % angegeben. Auch in der BRD führen die z.B. vom Spiegel verbreiteten Angaben vermutlich in die Irre - die große Menge Selbständiger, die danach hierzulande das Netz nutzen, dürften dies größtenteils über weiblich besetzte Sekretariate tun (was nebenbei zunehmend auch für die Hochschulen gilt). Im Diskursmanagement, erst recht im Entscheidungsprozess freilich spielen in keinem der drei großen Netzkulturen entertainment, business und university Frauen eine Rolle.

## II

Nach der Beschreibung einige Mutmaßungen über Ursachen.

Der politische Input in diese Veranstaltung geschah in zweifacher Weise.

a) Über Organisationen. Unter deren Akteuren, die für die Vorbereitung der Tagung eine Schlüsselrolle spielten, benannten nur vier die Repräsentanz von Frauen und einer das Fehlen feministischer Themen; innerhalb dieser Organisationen gab offenbar keine rezeptions- und durchsetzungsfähige frauenpolitische bzw. feministische "Lobby", die sich die demokratiepolitische Intention dieses Kongresses zu eigenen gemacht hätte. Daraus resultiert als politische Konsequenz für eine weitere Kooperation dieses Kreises, dass eine Beteiligung der organisationsinternen frauenpolitischen Zusammenhänge erreicht werden muß.

b) Ein Input erfolgte zweitens über Selbstorganisation - im wesentlichen über organisations- und netzvermittelte

Öffentlichkeit, nicht aber die großen traditionellen Massenmedien, wodurch der Bias angesichts einer überdurchschnittlich männerdominierten Netzkultur nochmals dupliziert wurde. Die Reichweite der erreichten Netzöffentlichkeit war zudem zu gering: einige eigenen Frauenöffentlichkeiten wurden zwar angesprochen: Beispiel Female, NUT, Fraueninformations- und Recherchedienst, Wom@n - Fenestra, Network of East-West Women (NEWW) - reagierten aber nicht, lehnten ab, gaben die Kongressinformationen und - anfragen nicht weiter oder verstanden ihn schlicht als Gelegenheit zum Abzocken. Die in den ersten Programmvorschlägen als eine von fünf Schlüsselthemen zentral plazierte feministische Thematik - also die Diskussion der Politiken zur Schaffung und Sicherung feministischer Kommunikationsräume - wurde nicht aufgegriffen und wanderte langsam aus der Themenliste aus; sie wurde erst 6 Wochen vor Kongressbeginn wieder - ziemlich folgenlos - aufgebracht. Zu keinem Zeitpunkt gab es einen gesonderten und aufwendigen Versuch seitens der Hauptorganisatoren, das Spektrum feministischer Frauennetze und medienpolitischer Organisationen zu ermitteln und anzusprechen. Erst in der Vorbereitung für diesen Beitrag habe ich binnen 10 Minuten rund 20 weiterer solcher Adressen ermittelt, die auch früh anzusprechen ein leichtes gewesen wäre.

Ein zentraler Grund für die fehlende oder negative Reaktion war m.E., dass keine feministische Organisation von Beginn an sichtbar im Vorbereitungskreis war. Feministische und frauenpolitische Organisationen - von virtual sisterhood-Frauen über "Frauenarbeit und Informatik" bis zu wom@n - standen einer Veranstaltung reserviert gegenüber, die offenbar weit weniger unmittelbar auf Probleme der politischen und gesellschaftlichen Praxis ausgerichtet war, als es für das Profil und das Selbstverständnis dieser Organisationen der Fall war. Ihnen geht es um die praktische Überwindung von Ungleichheit bzw. die praktische Überwindung patriarchalischer Verhältnisse. Die Bildung geschlechtsspezifischer Diskursgemeinschaften (Kulturen) verfolgt oft unterschiedliche Zwecke: bei Männern den Anschluss an den allgemeinen (auch virtuellen) Machtdiskurs der Mittelklasse, bei Frauen - ich folge hier [Sherry Turkle](#) - geht es um die Entwicklung von Beziehungsgemeinschaften in real life. Das schließt natürlich ein, dass sich über stark praxisbezogene Projekte - zum Beispiel antimilitaristische gegen den Krieg auf dem Balkan - politische Frauennetze entwickelten. Eine so stark diskursiv angelegte Veranstaltung schien da wenig nützlich. Ein Blick auf die deutschen frauenpolitischen und feministischen Sites auf dem World Wide Web [in gewissem Umfang gilt das Folgende aber auch für WWW-Seiten von StudentInnen gegenüber den Seiten der Studenten] bestätigt diese Annahme.

### **Verglichen mit anderen [auch politischen] Sites treten**

- ***technische Selbstreferenz auf die Netzwelt [die neusten Suchmaschinen, tolle Softwareprogramme]***
- ***akademische Referenz [Vorführung akademischer Kompetenz] und***

- **Referenzen auf elektronische Freizeitvergnügen [Spiele!]**
- **Verweise auf sich selbst - ad personam [Viele Bilder von Männern - entweder "professionelles" Kopf-Porträt oder mit Kind & Frau]**

### gegenüber Bezügen auf die Probleme

- **des Berufs und**
- **der politischer Praxis**

### eindeutig zurück.

Und übrigens läßt sich auch zeigen, dass sich die Selbst-Repräsentation auf diesen Seiten in einer ganz zentralen Frage vom (auch politischen) Mainstream unterscheidet: Versuche, durch zahllose trendy Links Verweiskompetenz vorzuführen, dadurch zu nächst Zentralität im Hypertextverweissystem und sodann Reputation und einen gesicherten Platz im Mainstream zu erreichen, sind kaum ausgeprägt und gehören offenbar weit weniger zur weiblichen Konstruktion virtueller Identität. Die fabelhaften Großindexe, kenntnisreichen Verweise auf [spiegel.de](http://spiegel.de) und [blah.blah.com](http://blah.blah.com) und die hektischen Präsentationen der cool sites of the day, hotlinks, favourite links etc. sind die Ergebnisse des Flanierens weisser Mittelklassenmänner im Netz, deren größter Schrecken die *abandoned home-page* 2) ist.

Traurig genug, dass man auf der Hamburger Tagung dann nicht einmal seine Tagungssprechweisen reflektierte; die z.B. von [Susan Herring](#) diskursanalytisch herausgearbeiteten [Spezifika](#) männlicher, öffentlicher politischer Redepraxis waren in Hamburg ungebrochen präsent. Der Grund dafür ist einfach: gesprochen wurden meist wohl zwei Sprachen: ein intellektueller Brückendiskurs, der oppositionelle Bedürfnisse in den politischen, öffentlichen Raum transferierte; und eine politische Sprache, die sich durch die Befragung des Politischen nicht mehr irritieren läßt, sondern weiss, was richtig ist. Die Frauen, die politisch sprachen, formulierten kaum Oppositionelles 3). Fraglich ist allerdings auch, ob sich hier nicht auch reflektiert die Probemlosigkeit jener Frauen, die Netz-Medienpolitik machen: die Diskurse um Identitätspolitik - also Konsens/konstruktion durch Ausschließung - finden sich nicht auf dem Netz.

Daraus resultiert als politische Konsequenz für eine weitere Kooperation dieses Kreises, dass zur angestrebten Einbeziehung weiterer Organisationen in die "Initiative" eine gesonderte Aktion in diesen Bereich gehört, deren Erfolg davon abhängt, ob Praxisprobleme im zukünftigen Arbeitsfeld eine größere Rolle spielen.

Ein letztes Problem sehe ich schließlich darin, dass auch auf der Hamburger Veranstaltung die liberalen demokratiepolitischen Illusionen weiter gepflegt wurden. In einer kleinen Studie zu "Homepages" in der kritischen Netzeitschrift "Bad Subjects" wurde vor ein paar Wochen dazu vermerkt: "The liberal doctrine of social equality has never been so aesthetic. Equal pages have become the

same thing as equal wages. Because we are able to represent ourselves as equals in cyberspace we can now overcome class differences in our everyday lives." (Bad Subjects 24/96; Super Yahweh). Die Gleichheitsillusionen - leichte Zugänglichkeit, soziale Dekontextualisierung, erschwerte direkte Staatszensur - versperren den Blick darauf, dass die Zeit der Individuen, deren Werke weltweit zur Kenntnis genommen werden können, 1995 gleich in doppelter Hinsicht zuende gegangen ist: ohne potente ökonomische Großorganisationen, die unterschiedlichste Medien auf allen Verarbeitungs- und Verwertungsstufen zusammenbinden, werden relevante politische - also die Machtverhältnisse im Medienraum beeinflussende - Medienzugänge unmöglich. Was im Jargon der Medienanalysen harmlos als "Konvergenz" bezeichnet wird, ist in Wirklichkeit die Entstehung des zentralen ökonomischen Komplexes des nächsten halben Jahrhunderts. Und das öffentliche, akademische Hinterland, das vor allem in der BRD im Netzbereich die Präsenz innovativer und dissidenter Projekte ermöglichte, das schließlich aber darüberhinaus wenigstens marginale Projekte - Bürgerkanäle, freie Radios usw. - ermöglichte, dieser öffentliche Raum wird massiv privatisiert, privatförmig organisiert oder kommerzialisiert. Die damit einhergehenden Exklusionen treffen vor allem Frauen - soweit sie überhaupt schon präsent sind und sie betreffen die Themen, die dort legitim verhandelbar sind. Hier war dieser Kongress - der es durchaus verstand, die Standortfrage zwei Tage auf die Seite zu legen - unpolitisch: er thematisierte viel zu wenig die zentrale gegenwärtige medienpolitische Machtverschiebung und war in seinem Plädoyer für eine entschiedene Stärkung öffentlicher Ressourcen, Institutionen, Zugänge und Medien bestenfalls zaghaft. Es wird sich zeigen müssen, ob das Projekt einer weiteren Zusammenarbeit auch in diesem Sinne für eine Repolitisierung steht.

---

## Anmerkungen

1) Vgl. Das Argument 213 / 1996 S. 117. Offenbar hat die Verfasserin den Kongress nur am Freitag/Samstag besucht. Sonntags hätte sie ein Hauptreferat einer italienischen Kommunistin und Podiumsbeiträge von deutschen Sozialdemokratinnen vermerken können.

2) Als auszeichnende Eigenschaft des WWW - nicht des Usenet oder der E-Mail-Praxis - wird die Hypertext-, also Verweistextstruktur angesehen. Das Revolutionäre an Verweisen ist die Transzendierung der Fußnote. Mit dem WWW erhält die Fußnote mindestens eine weitere Fußnote und noch eine und noch eine - etwas, was kein Textverarbeitungsprogramm des Herrn Bill Gates jemals konnte.

Was bedeutet diese Verweispraxis? Das Web generiert den eigenartigen, systemspezifischen Zwang, *Kenntnis* vorhandener Präsenzen durch Links auszuweisen, somit das Bemühen, **eigene Zentralität** zu demonstrieren. Die grassierenden Hotlists, die es in anderen Medien so eben nicht gibt - dass es keine *politischen* Hotlists gibt, indiziert, dass dieser Bereich zu peripher ist; aber *cool political sites of the day* und ähnliches gibt es wohl - stehen für diesen

Imperativ. Nur wer *Verweiskompetenz* demonstriert, verhält sich programmgerecht, systemspezifisch, informationsraumgerecht. **Anerkennung** durch andere vollzieht sich durch zweistufige Zentralität: erstens Nachweis der *Kenntnis* des Informationsraumes *durch Verweise auf andere/s*, zweitens Aufbau eines exklusiven Angebots, *auf das selbst verwiesen wird*, das also ins Zentrum rückt - am Ende steht als Höhepunkt die Namensgebung: ein Angebot wird benannt nach dem Namen des Anbieters. Netzidentität - besser nun: **Reputation** - entsteht durch kompetente Verweise auf andere/s und Verweise anderer auf sich selbst. Beides hat mit dem, worauf inhaltlich, der Sache nach, verwiesen wird, absolut nichts zu tun. Reputation und Zentralität durch Hypertextverweise hängen miteinander zusammen, auf durchaus vertraute wechselseitige Weise: Reputation schafft Zentralität, Zentralität generiert Reputation. Es gibt jedoch eine substantielle Differenz zwischen beiden Prozessen. *Netzspezifische Reputation kann nur durch Zentralität im Verweissystem entstehen.* Ein Prozess, der für die **Frühphase** des Netzes bis etwa 1994 typisch ist. Reputation demgegenüber kann irgendwoher kommen und Zentralität herstellen; dafür stehen Organisationen, Institutionen, Parteien usw., die das Netz seitdem in der **zweiten** Entwicklungsphase der politischen Struktur des Netzes kolonisieren, aus ihrer importierten Reputation äußerst schnell Zentralität begründen. Gegenwärtig beginnt die **dritte** Phase: Demonstration von Verweiskompetenz seitens jener, die durch eine - aus der Perspektive des Netzes: geliehene - Reputation Zentralität (Fremdverweise auf sich selbst) generierten und diese Verweise nun nutzen, eine eigene Verweisstruktur aufzubauen und damit netzsystemspezifische Verweiskompetenz zu demonstrieren, also zusätzliche - doppelte - Zentralität zu generieren. Damit positionieren sie sich als starke Netzakteure. In einem Raum, in dem zählt, wer sich zentral positioniert, steht das Verhältnis von Zentrum (oder Zentren) und Peripherie(n) im Mittelpunkt des subjektiven Interesses. Diesem Verhältnis können sich jene, die auf dem Web agieren, nicht entziehen. Die Konsequenz ist sehr einfach: die Zehntausenden von Web-Home-Pages, die Verweise auf den "Spiegel" oder das "White House" enthalten, stehen nicht bloß für die unbezahlte Anpreisung einer Ware. Sie sind ein völlig vergeblicher Versuch, den Zustand des Peripheren, des Außenseitertums zu verlassen.

**Der Hypertextmechanismus ist nichts anderes als ein unentrinnbarer Imperativ, Peripherie, Marginalität oder, politisch formuliert, Dissens zugunsten von Zentralität oder, politisch formuliert, Mainstream zu verlassen.**

Die These somit, dass das Netz wie anderen Medien auch einfach unsere Realgesellschaft, sozusagen oder womöglich pluralistisch widerspiegeln, ist falsch: sie verkennt den systemspezifischen Mechanismus, diesen Pluralismus zugunsten einer Kohortenbildung im Zentrum zu verlassen. Auf den ersten Blick öffnet das WWW den Raum für eine leicht zugängliche ungeheure Vielfalt der Orte im Informationsraum. Der zweite Blick freilich zeigt: die Vielfalt ist nicht Zweck, sondern bloßes Mittel, Medium auf dem Weg zur Zentralität. Der dritte Blick zeigt: das WWW ist real life: die wirkliche politische Kommunikation ist alles andere als pluralistisch - und ihre monopolistische Verfassung wird

durch die technische Logik des Hypertextmechanismus verdoppelt, mehr noch: verstärkt und befestigt. Zur politischen Logik des WWW gehört nicht bloß die historische Dominanz der militärischen und die zukünftige der ökonomischen Eliten; zu ihr gehört auch die gleichsam medientechnische Unterfütterung des realen, im virtuellen duplizierten Elitismus. Somit also die Behauptung: **es gibt gute Gründe für die Annahme, dass das WWW strukturell elitär ist.**

[3\)](#) Exzellentes zu dieser Dialektik von Oppositioneller politischer Sprache, Brückensprache und öffentlich legitimer, also unpolitischer Sprache hat **Nancy Fraser** entwickelt: Nancy Fraser: Widerspenstige Praktiken, Frankfurt 1994

<b>Beispiel</b>	<b>Insgesamt Personen / Beiträge / Texte</b>	<b>Davon [von] Frauen</b>
Forschungsrat zur Informationsgesellschaft beim Bundeskanzler	25	2
Die Enquete-Kommission "Zukunft der Medien"	35	8
VDMA-Report "Auf dem Weg in die Informationsgesellschaft"	9	0
BMWi-Studie "Die Informationsgesellschaft. Fakten, Analysen, Trends", Bonn November 1995	28	1
ZVEI-VDMA-Plattform: Informationsgesellschaft - Herausforderungen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Frankfurt 1995	80	9
Gesprächskreis Informatik: Report Informationskultur für	12	1

die  
Informationsgesellschaft,  
Frankfurt 1995

Die CEBIT-FAZ vom 12.März 1996:	54	4
Konferenz "Social Shaping of Information Highways", Bremen Oktober 1995	46	5
"Erster Deutscher Internet Kongress" Karlsruhe Mai 1996	42	1
"InfoWar Europa", Brüssel, Mai 1996	39	0
"3. Deutscher Multimedia-Kongress", Heidelberg, Dezember 1995	33	2
<b>IMD-Tagung, Hamburg, Januar 1996</b>		
TeilnehmerInnen	620	143
Referate / Beiträge insgesamt	132	33
Podiumsteilnahme	15	4
Hauptreferate	5	1
AG`s	14	1



Absagen auf Einladungen (soweit rekonstruierbar)	22	8
Programmatik ("Hamburger Erklärung")	3688 Wörter	3
Mitarbeit an dem Text der Abschlußerklärung	34	8
Unterschriften unter die Erklärung	181	42
Mitwirkende an den 4 Vorbereitungstreffen	29	9
Mitglieder der IMD-Liste	122	24